



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 8. März 2023

1481. 2022/595

Postulat von Stephan Iten (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) vom 23.11.2022: Rückzug des Baugesuchs für eine temporäre Wohnsiedlung auf dem Hardturm- Areal

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Stephan Iten (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1004/2022): Als wir die Medienmitteilung des Stadtrats zum Baugesuch für die Hardturmbrache sahen, fragten wir uns, was nebst dem von der Stimmbevölkerung gewählten Fussballstadion noch gebaut werden soll. Die Quartierbevölkerung ist durch das dort angesiedelte Durchgangszentrum bereits stark belastet. Ausserdem wurde die Stadionbrache dem Verein Hardturm zur Verfügung gestellt und inzwischen von Besetzern in Beschlag genommen. Obwohl wir eine Strommangellage und anscheinend kein Geld für ukrainische Flüchtlinge haben, soll ein temporäres Zentrum für 320 Flüchtlinge errichtet werden. Auch der neue Verteilschlüssel war zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung noch nicht bekannt. Sogenannte temporäre Anlagen haben in der Stadt Zürich die Tendenz, über viele Jahre bestehen zu bleiben. Die Stimmbevölkerung hat sich für ein Fussballstadion entschieden, deswegen soll der Stadtrat sein Gesuch zurückziehen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Raphael Golta:** Wir befinden uns in der grössten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach wie vor suchen Menschen, die aus der Ukraine flüchten, bei uns Zuflucht. Menschen aus anderen Weltregionen suchen ebenfalls Schutz in der Schweiz. 60 Prozent dieser Menschen bekommen einen Aufenthaltstitel. In den Gemeinden werden noch mehr Menschen aufgenommen, deren Fluchtgrund als legitim angesehen wird. Wie sich die Situation weiterentwickeln wird, ist schwierig einzuschätzen. Wie lange Menschen kommen und wie lange sie schlussendlich bleiben werden, ist unbekannt. Wichtig ist, dass wir uns als Land bestmöglich auf verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten gefasst machen. Wer die Ereignisse der letzten Monate verfolgt hat, sollte von den erhöhten Kontingenten nicht überrascht sein. Die Stadt Zürich bemühte sich in Kooperation mit Bund und Kanton von Anfang an, gewisse Vorleistungen zu erbringen, damit sicher genügend Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden sind. Momentan wird mit vielen Provisorien gearbeitet, deren Bewilligungen teils auslaufen und für die wir Ablösungen brauchen. Dafür gibt es eine langfristige Planung. Eine interdepartementale Task Force arbeitet mit Hochdruck an Unterbringungsmöglichkeiten für Provisorien – so auch beim Hardturm. Das diskutierte Gesuch wurde vorausschauend eingereicht. Noch können wir nicht sagen, wie die Situation aussieht, wenn die Bewilligung ausgestellt wird,*



wann das sein und die Siedlung schlussendlich stehen wird. Alle Optionen müssen offengehalten werden. Es ist klar, dass die Übergangswohnsiedlung dem Stadion weichen muss, wenn es so weit ist. In den Medien wurden in den letzten Wochen weitere Themen angesprochen, zu denen ich mich äussern möchte. Entgegen den Schlagzeilen wird in der Stadt Zürich niemand wegen Geflüchteten vor die Tür gestellt. Die Stadt Zürich fordert, dass der Bund mehr Verantwortung übernimmt und Unterbringungsplätze organisiert. Zuletzt möchte ich mich bei den Menschen bedanken, die in den letzten 12 Monaten eine unglaubliche Arbeit geleistet haben: Als eines der reichsten Länder der Welt können wir dank Ihrer Mithilfe unsere humanitäre Tradition in dieser schwierigen Situation fortführen. Das ist wichtig, lehnen Sie deswegen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Alan David Sangines (SP): Damit beim Wohnungsraum keine Debatten wie die eben angesprochenen Schlagzeilen entstehen können, braucht es Lösungen wie die Zwischennutzung der Hardturmbrache. Die Alternative zu temporären Siedlungen wäre neuer Wohnraum, der in Zürich knapp ist. Die geflüchteten Menschen sind hier und sie müssen untergebracht werden. Jede Gemeinde muss ihren Beitrag leisten. Die Argumente der SVP sind besonders widersprüchlich, angesichts der vorherigen Debatte. Lösungsvorschläge folgen keine.

Stefan Urech (SVP): Alan David Sangines (SP) meinte, dass jede Gemeinde ihren Beitrag leisten muss. Als Bewohner des diskutierten Quartiers weiss ich, dass auch nicht SVP-nahe Anwohnende der Meinung sind, dass dieser Beitrag mit dem Bundesasylzentrum (BAZ) geleistet wurde. Die im Wahlkampf versprochene Bereicherung für das Quartier ist nicht eingetreten: Erhöhte Diebstähle, besorgte Eltern und Vandalismus sind das Resultat. Noch eine Unterkunft, nur wenige hundert Meter vom BAZ entfernt zu errichten, ist in Anbetracht der jetzigen, sehr angespannten Situation verantwortungslos.

Stephan Iten (SVP): Mir ist klar, dass sich STR Raphael Golta in einer schwierigen Situation befindet, die durch den neuen Verteilschlüssel nicht vereinfacht wird. Neu sind wir verpflichtet nicht 3500, sondern bis zu 5500 Geflüchtete aufzunehmen. Doch die Wohnungsnot in Zürich ist auch für Menschen, die nicht geflüchtet sind, akut. Die steigenden Mietpreise sind ein riesiges Problem. Als Politiker zu sagen, dass man in dieser Situation noch Platz für Flüchtlinge hat, geht nicht. Natürlich müssen wir uns auf kommende Ereignisse vorbereiten, aber nicht auf einem verplanten Areal. Dass die Siedlung wieder abgebrochen wird, sobald das Stadion gebaut werden soll, ist unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass die meisten Menschen auch trotz negativem Asylentscheid in der Schweiz bleiben. Was soll dann mit den darin lebenden Asylsuchenden geschehen? Ein konkreter Lösungsvorschlag unsererseits wäre die Umnutzung der Halle 9.

Samuel Balsiger (SVP): Das Thema Wohnungsnot bestimmt aktuell die Medien. Der Tagesanzeiger fragt gestern: «Wie konnte es zu dieser Wohnungsnot kommen?». Die Antwort ist klar: Innerhalb von 13 Jahren kamen über 1,2 Millionen Menschen in die Schweiz. Das entspricht etwa 454 000 Wohnungen. Allein im Jahr 2022 immigrierten 200 000 Personen, was 90 000 Wohnungen erfordert. Wie es zu dieser Wohnungsnot



3 / 3

kam, ist anhand der Zahlen deutlich. Die Umwelt wird stark strapaziert, wenn so grosse Flächen zubetoniert werden. Dieses Problem muss benannt werden: Die Flut an Menschen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit beeinträchtigt unsere Lebensqualität. Die Mieten in der Stadt stiegen seither um 40 Prozent. Die Einwanderung sollte auf Bundesebene gesteuert werden, indem sich nur noch Menschen niederlassen dürfen, die für uns von Vorteil sind. So wie die Situation momentan gehandhabt wird, folgen nur Dichtestress, steigende Mieten, Betonlandschaften und sinkende Lebensqualität. Ein neuer Vorstoss der SVP, der morgen im Ratspostversand ist, fordert, dass die Mieterkündigungen zur Unterbringung von Asylsuchenden zurückgenommen und die Asylsuchenden stattdessen in bereits genutzten Zürich Pavillons untergebracht werden.

Luca Maggi (Grüne): *Die Asylgesetzreform ist gescheitert. Verfahrensbeschleunigung und Rechtssicherheit wurden versprochen, aber eigentlich ist es ein Sparprogramm, das von den Geflüchteten getragen wird. Die von Stefan Urech (SVP) diskutierten Probleme beginnen im Asylzentrum selbst: Wenn es überfüllt ist, Betten auf den Gang gestellt werden und Minderjährige nicht mehr adäquat versorgt werden können, ist klar, dass die Stadtbewohner das mitbekommen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als der temporären Wohnsiedlung in dieser misslichen Lage zuzustimmen. Es braucht Platz. Schulpavillons umzunutzen, erfordert ebenfalls Platz. Es braucht eine andere Asylpolitik, um die Situation zu verbessern. Dasselbe betrifft den im Asylwesen herrschenden Fachkräftemangel. Die Grünen lehnen dieses kontraproduktive Postulat ab.*

Das Postulat wird mit 14 gegen 103 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat